

Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

<u>Informationsnummer</u>	Inhalt	Seite
	<i>I Mitteilungen</i>	
	Kommission	
2001/C 309/01	Zinssatz der Europäischen Zentralbank für Hauptrefinanzierungsgeschäfte am 1. November 2001: 3,75 % — Euro-Wechselkurs	1
2001/C 309/02	Euro-Wechselkurs	2
2001/C 309/03	Euro-Wechselkurs	3
2001/C 309/04	Staatliche Beihilfen — Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag zur Maßnahme C 55/2001 (ex NN 98/2000) — Konzerneigene Versicherungsgesellschaften der Åland-Inseln ⁽¹⁾	4
2001/C 309/05	Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses (Sache COMP/M.2602 — Gerling/NCM) ⁽¹⁾	10
2001/C 309/06	Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss (Sache COMP/M.2562 — Bertelsmann/France Loisirs) ⁽¹⁾	11
	<i>II Vorbereitende Rechtsakte</i>	
	
	<i>III Bekanntmachungen</i>	
	Kommission	
2001/C 309/07	Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Projekte von gemeinsamem Interesse im Bereich der transeuropäischen Telekommunikationsnetze — Basisdienste und -anwendungen — Aufforderung TEN-Telekom 2001/2 ⁽¹⁾	12

I

(Mitteilungen)

KOMMISSION

Zinssatz der Europäischen Zentralbank für Hauptrefinanzierungsgeschäfte ⁽¹⁾ am 1. November 2001:

3,75 %

Euro-Wechselkurs ⁽²⁾**5. November 2001**

(2001/C 309/01)

1 Euro	=	7,448	Dänische Kronen
	=	9,5117	Schwedische Kronen
	=	0,6162	Pfund Sterling
	=	0,8961	US-Dollar
	=	1,4272	Kanadische Dollar
	=	109,3	Yen
	=	1,4713	Schweizer Franken
	=	7,9515	Norwegische Kronen
	=	94,61	Isländische Kronen ⁽³⁾
	=	1,7665	Australische Dollar
	=	2,1595	Neuseeland-Dollar
	=	8,578	Rand ⁽³⁾

⁽¹⁾ Auf das letzte Geschäft vor dem angegebenen Tag angewandter Satz. Bei Zinständern marginaler Zuteilungssatz.

⁽²⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

⁽³⁾ Quelle: Kommission.

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾**2. November 2001**

(2001/C 309/02)

1 Euro	=	7,4483	Dänische Kronen
	=	9,5336	Schwedische Kronen
	=	0,6183	Pfund Sterling
	=	0,9056	US-Dollar
	=	1,4464	Kanadische Dollar
	=	110,05	Yen
	=	1,4741	Schweizer Franken
	=	7,969	Norwegische Kronen
	=	94,71	Isländische Kronen ⁽²⁾
	=	1,7864	Australische Dollar
	=	2,1861	Neuseeland-Dollar
	=	8,6919	Rand ⁽²⁾

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

⁽²⁾ Quelle: Kommission.

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾**1. November 2001**

(2001/C 309/03)

1 Euro	=	7,4481	Dänische Kronen
	=	9,585	Schwedische Kronen
	=	0,6206	Pfund Sterling
	=	0,9097	US-Dollar
	=	1,4486	Kanadische Dollar
	=	110,72	Yen
	=	1,4725	Schweizer Franken
	=	7,985	Norwegische Kronen
	=	94,92	Isländische Kronen ⁽²⁾
	=	1,7781	Australische Dollar
	=	2,1823	Neuseeland-Dollar
	=	8,5935	Rand ⁽²⁾

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

⁽²⁾ Quelle: Kommission.

STAATLICHE BEIHILFEN**Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag zur Maßnahme C 55/2001 (ex NN 98/2000) — Konzerneigene Versicherungsgesellschaften der Åland-Inseln**

(2001/C 309/04)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 11. Juli 2001, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Finnland ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Maßnahme das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zur Stellungnahme zu der Maßnahme, derentwegen sie das Verfahren einleitet, innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Beihilfen
Rue de la Loi/Wetstraat 200
B-1049 Brüssel
Fax (32-2) 296 12 42.

Alle Stellungnahmen werden Finnland übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt, kann unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG**I. VERFAHREN**

Von der fraglichen Maßnahme wurde der Kommission am 15. Juli 1998 Mitteilung gemacht. Die Mitteilung ist jedoch rechtlich nicht als Anmeldung zu betrachten, da die betreffende Beihilfemaßnahme vor Eingang des Schreibens der finnischen Behörden und vor Abgabe einer Stellungnahme der Kommission in Kraft gesetzt wurde. Der Ständigen Vertretung Finnlands bei der Europäischen Union wurden hierzu mehrere Auskunftsersuchen übermittelt. Die Antworten lassen darauf schließen, dass die betreffende Maßnahme seit Inkrafttreten niemals angewandt worden ist.

II. BESCHREIBUNG DER MASSNAHME**Allgemeines**

Die betreffende Beihilfemaßnahme ist von den Åland-Inseln zur Anwendung auf ihrem Territorium eingeführt worden. Am 9. Dezember 1993 trat auf den Åland-Inseln eine Änderung des Gesetzes zur Kommunalbesteuerung in Kraft. Hiernach wird konzerneigenen Versicherungsgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen, auf die im Folgenden näher eingegangen wird, ein Steuervorteil gegenüber dem üblichen Körperschaftsteuersatz eingeräumt. Die Maßnahme wurde anschließend in den Jahren 1995, 1996, 1997, 1998 und 1999 geändert.

Erste relevante Maßnahme

Gemäß der Änderung vom 9. Dezember 1993 haben konzerneigene Versicherungsgesellschaften anstelle des üblichen Satzes

in Höhe von 25 % Körperschaftsteuer in Höhe von 15 % entrichtet. Somit entsprach der Vorteil dieser Unternehmen im Vergleich zur Situation anderer Unternehmen einem Wert von 10 Prozentpunkten. Der den konzerneigenen Versicherungsgesellschaften auf den Åland-Inseln zustehende Vorteil hat verschiedentlich Änderungen erfahren, welche die von den zuständigen Behörden beschlossenen Änderungen des üblichen Körperschaftsteuersatzes widerspiegeln: 1996 belief sich der Vorteil auf 11 %, 1997 auf 10 % und 1999 auf 9,6 %.

Voraussetzungen

Konzerneigene Versicherungsgesellschaften auf den Åland-Inseln konnten den Steuervorteil nur bei Erfüllung der folgenden Voraussetzungen in Anspruch nehmen:

- a) Sämtliche Gesellschaftsanteile bzw. Beteiligungsrechte an dem Unternehmen befinden sich im Besitz ein und desselben ausländischen Eigentümers.
- b) Nur der Eigentümer der Gesellschaft oder dessen Tochtergesellschaft kann von der Gesellschaft versichert werden.
- c) Das Tagesgeschäft der Gesellschaft wird von einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt, die unter dem Anmelde- bzw. Genehmigungsvorbehalt der Provinz Åland tätig ist.

Änderungen der ursprünglichen Maßnahme, die für das vorliegende Beihilfeverfahren von Bedeutung sind

Am 1. Oktober 1995 wurde die Maßnahme (in Bezug auf Voraussetzung a) des vorstehenden Absatzes) dahin gehend geändert und erweitert, dass nunmehr auch konzerneigene Versicherungsgesellschaften mit ein und demselben inländischen Eigentümer in den Geltungsbereich eingeschlossen sind. In Zusammenhang mit dem vorliegenden Beihilfeverfahren scheint die letztgenannte Änderung, die am 1. Oktober 1995 in Kraft trat, nach den Beihilfavorschriften anmeldepflichtig zu sein.

III. WÜRDIGUNG DER MASSNAHME

Um als Beihilfe nach Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag zu gelten, muss eine Maßnahme die vier folgenden Kriterien erfüllen:

Erstens muss die Maßnahme den Begünstigten einen Vorteil verschaffen, durch den die ihnen normalerweise entstehenden Kosten gesenkt werden. Die Befreiung von der Verpflichtung zur Entrichtung des vollen Körperschaftsteuersatzes erfüllt dieses Kriterium sowohl bei den konzerneigenen Versicherungsgesellschaften selbst als auch bei dem Konzern, welchem sie angehören.

Zweitens muss der Vorteil vom Staat oder aus staatlichen Mitteln gewährt werden. Die Gewährung einer Steuererleichterung hat ein verringertes Steueraufkommen zur Folge, das der Verwendung staatlicher Mittel in Form von Staatsausgaben gleichzusetzen ist.

Drittens muss sich die Maßnahme auf den Wettbewerb und den Handel zwischen den Mitgliedstaaten auswirken. Dieses Kriterium wird durch die Maßnahme insoweit erfüllt, als durch diese Maßnahme die Gründung konzerneigener Versicherungsgesellschaften auf den Åland-Inseln zugunsten von Eigentümern begünstigt wird, die tatsächlich oder potenziell mit Unternehmen anderer Mitgliedstaaten im Wettbewerb stehen.

Schließlich muss die Maßnahme spezifisch oder selektiv sein, also „bestimmte Unternehmen oder die Herstellung bestimmter Waren“ begünstigen. Die Erstbegünstigten der Maßnahme sind ausschließlich konzerneigene Versicherungsgesellschaften, die ein Segment des Versicherungsgeschäfts darstellen. Da die Maßnahme zudem nur auf den Åland-Inseln gilt, schließt die Feststellung der oben genannten Merkmale hinsichtlich der materiellen Spezifität nicht das Vorhandensein anderer Merkmale aus, durch welche den vorgesehenen Steuerregelungen Spezifität zuteil würde, z. B. regionale Spezifität. Auf der Grundlage dieser Elemente kann davon ausgegangen werden, dass die Maßnahme selektiver Natur ist.

IV. VEREINBARKEIT DER BEIHLIFE

Hinsichtlich der Vereinbarkeit der möglichen Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt ist zu berücksichtigen, dass sie nach dem Augenschein eine Betriebsbeihilfe darstellt. Betriebsbeihilfen können aber nur in Ausnahmefällen für kompatibel erklärt werden.

Nach vorläufiger Auffassung der Kommission kann die mit der beschriebenen Steuervorschrift verbundene Beihilfemaßnahme

nicht von dem generellen Beihilfeverbot in Artikel 87 Absatz 2 oder 3 EG-Vertrag ausgenommen werden.

Da offenbar keine der Ausnahmebestimmungen des EG-Vertrags zur Anwendung gelangt, bezweifelt die Kommission nach vorläufiger Würdigung gemäß Artikel 6 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates über besondere Vorschriften für die Anwendung von Artikel 93 EG-Vertrag die Vereinbarkeit dieser steuerlichen Maßnahme mit dem Gemeinsamen Markt.

Gemäß Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 können alle rechtswidrigen Beihilfen vom Empfänger zurückgefordert werden.

DAS SCHREIBEN

„Tutkittuaan Suomen viranomaisten toimittamat asiakohdassa mainittua toimenpidettä koskevat tiedot komissio on päättänyt aloittaa EY:n perustamissopimuksen 88 artiklan 2 kohdassa tarkoitetun menettelyn.

Ecofin-neuvosto on vuonna 1997 vahvistanut yritysten välittömään verotukseen sovellettavat menettelysäännöt (EYVL C 2, 6.1.1998), joiden tavoitteena on haitallisen verokilpailun poistaminen. Menettelysääntöjen sisältämän sitoumuksen johdosta komissio julkaisi tiedonannon valtiontukisääntöjen soveltamisesta yritysten välittömään verotukseen (EYVL C 384, 10.12.1998), jossa se korosti tavoitettaan soveltaa valtiontukisääntöjä tehokkaasti ja tasapuolisen kohtelun periaatetta kunnioittaen. Käsillä oleva menettely toteutetaan kyseisten sääntöjen mukaisesti.

I. MENETTELY

1. Tuesta NN 98/2000 – Ahvenanmaan captive-vakuutusyhtiöitä koskevasta valtiontukitoimenpiteestä toimitettiin tietoja komissiolle 15. heinäkuuta 1998. Oikeudellisesti katsoen kyseessä ei kuitenkaan ollut ilmoitus, koska kyseisen tukitoimenpide toteutettiin ennen Suomen viranomaisten kirjettä ja ennen kuin komissio oli muodostanut asiasta kantansa.
2. Komissio lähetti 7. syyskuuta 1998 ensimmäisen muodollisen tietopyynnön saadakseen lisätietoja. Suomen pysyvä edustusto Euroopan unionissa toimitti vastauksen 15. lokakuuta 1998 päivätyllä kirjeellä. Toinen tietopyyntö lähetettiin 30. marraskuuta 1998, ja saatu vastaus oli päivätty 5. helmikuuta 1999. Kolmas tietopyyntö lähetettiin 24. maaliskuuta 1999, ja saatu vastaus oli päivätty 2. kesäkuuta 1999.
3. Komissio lähetti 13. heinäkuuta 2000 jälleen kirjeen Suomen viranomaisille ja pyysi vahvistamaan, että a) kyseistä valtiontukitoimenpidettä ei ole koskaan sovellettu ja b) kyseinen valtiontukitoimenpide on peruutettu yritysverotukseen sovellettavia käytäntösääntöjä käsittelevän työryhmän yhteydessä. Suomen viranomaiset vastasivat 25. elokuuta 2000 päivätyllä kirjeellä, jossa ne vahvistivat, että kyseistä valtiontukitoimenpidettä ei ole sovellettu kertaakaan sen tultua voimaan.

II. YKSITYISKOHTAINEN KUVAUS TOIMENPITEESTÄ

Yleistä

4. Ahvenanmaa otti kyseisen valtiontukitoimenpiteen käyttöön soveltaakseen sitä omalla alueellaan. Ahvenanmaan maakunnalla on Ahvenanmaan itsehallintolain nojalla yksinomainen lainsäädäntövalta asioissa, jotka koskevat kunnille tulevia veroja ja elinkeinotoiminnan edistämistä. Ahvenanmaan erityinen asema, josta määrätään Suomen ja tiettyjen muiden valtioiden liittymistä Euroopan unioniin koskevaan asiakirjaan liitettyssä pöytäkirjassa N:o 2⁽¹⁾, ei rajoita valtiontukea koskevien EY:n perustamissopimuksen määräysten soveltamista.
5. Ahvenanmaalla tuli voimaan 9. joulukuuta 1993 kunnallisverolain muutos. Muutoksen nojalla captive-vakuutusyhtiöille, jotka täyttävät tietyt jäljempänä luetellut edellytykset, voidaan myöntää huojennus maakunnassa tavanomaisesti sovellettavasta yhteisöverosta.
6. Kyseistä toimenpidettä on muutettu vuosina 1995, 1996, 1997, 1998 ja 1999.

Ensimmäinen merkityksellinen toimenpide

7. Mainitun 9. joulukuuta 1993 voimaan tulleen muutoksen nojalla captive-vakuutusyhtiöt maksoivat elinkeinoveroa 15 prosenttia tavanomaisen 25 prosentin asemesta. Näin ollen kyseisten yritysten saama etu muihin yrityksiin verrattuna oli 10 prosenttiyksikköä. Ahvenanmaan captive-vakuutusyhtiöiden nauttima nettoetu on muuttunut ajan myötä tavalla, joka vastaa toimivaltaisten viranomaisten tavanomaiseen yhteisöveroon tekemiä muutoksia: vuonna 1996 etu oli 11 prosenttiyksikköä, vuonna 1997 10 prosenttiyksikköä ja vuonna 1999 9,6 prosenttiyksikköä.

Ehdot

8. Ahvenanmaan captive-vakuutusyhtiöt hyötyivät verohelpotuksesta ainoastaan, jos ne täyttivät seuraavat edellytykset:
 - a) kaikki yhtiön osakkeet tai osuudet ovat saman ulkomaisen omistajan omistuksessa;
 - b) vakuutuksenottajana yhtiössä voi olla ainoastaan yhtiön omistaja tai sen tytäryhtiö; ja
 - c) yhtiön päivittäisestä toiminnasta vastaa osakeyhtiö, joka harjoittaa elinkeinoilmoitusta tai toimilupaa edellyttävää liiketoimintaa Ahvenanmaan maakunnassa.

Ensimmäiseen toimenpiteeseen tehdyt muutokset, jotka ovat tämän valtiontukimenettelyn kannalta merkityksellisiä

9. Toimenpidettä muutettiin ja laajennettiin 1. lokakuuta 1995 (edellä 8 kohdan a alakohdassa mainitun edellytyksen osalta) siten, että sitä sovellettiin yhden ja saman kotimaisen omistajan omistuksessa oleviin captive-vakuutusyhtiöihin.

10. Tämän valtiontukimenettelyn yhteydessä katsotaan, että viimeksi mainittu muutos, joka tuli voimaan 1. lokakuuta 1995, näyttää muodostavan valtiontukisääntöjen nojalla ilmoitettavan tapauksen, koska siinä on kyse järjestelmän (joka suoralta kädeltä arvioituna on valtiontukea) laajentamisesta tuensaajiin, jotka aiemmin eivät siitä hyötäneet.

III. ARVIOINTI TOIMENPITEESTÄ

11. Jotta toimenpidettä voitaisiin pitää EY:n perustamissopimuksen 87 artiklan 1 kohdan mukaisena tukena, sen täytettävä seuraavat neljä ehtoa.
12. Toimenpiteen on ensinnäkin merkittävä tuensaajille etua, joka vähentää niille liiketoiminnasta tavallisesti aiheutuvia kustannuksia. Valtiontukisääntöjen soveltamisesta yritysten välittömään verotukseen annetun komission tiedonannon⁽²⁾ 9 kohdan mukaan veroetu voi koostua yrityksen verotuksen keventämisestä eri tavoilla esimerkiksi vähentämällä veron määrää. Yritysten vapauttaminen osasta yhteisöveroa näyttää täyttävän tämän ehdon sekä captive-vakuutusyhtiöiden osalta että niiden yhtiöryhmien osalta, johon ne kuuluvat.
13. Etuuden on lisäksi oltava jäsenvaltion myöntämä tai valtion varoista myönnetty tuki. Veronhuojennuksen myöntäminen merkitsee verotulojen menetystä, joka valtiontukisääntöjen soveltamisesta yritysten välittömään verotukseen annetun komission tiedonannon 10 kohdan mukaan vastaa verotus-tukiin käytettyjen valtion varojen määrää.
14. Toimenpiteen on myös vaikutettava kilpailuun ja jäsenvaltioiden väliseen kauppaan. Nyt käsiteltävä toimenpide näyttää täyttävän tämän ehdon siinä suhteessa, että toimenpide suosii captive-vakuutusyhtiöiden perustamista Ahvenanmaalle ja tästä hyötyvät yhtiöiden omistajat, jotka todella tai potentiaalisesti voivat käydä kauppaa muissa jäsenvaltioissa sijaitsevien yritysten kanssa.
15. Neljännen ehdon mukaan toimenpiteen on oltava erityinen tai valikoiva siinä suhteessa, että se suosii "jotakin yritystä tai tuotannonalaa". Käsiteltävästä toimenpiteestä hyötyvät ainoastaan captive-vakuutusyhtiöt, jotka puolestaan ovat osa vakuutussektoria. Koska toimenpidettä lisäksi sovelletaan ainoastaan Ahvenanmaalla, edellä mainittujen asiallista erityisyyttä koskevien piirteiden havaitseminen ei sulje pois toisten, sellaisten piirteiden olemassaoloa, jotka merkitsevät suunnitellun verojärjestelyn erityisyyttä, kuten esimerkiksi sen alueellisuutta. Näiden seikkojen perusteella toimenpidettä voidaan pitää valikoivana. Kuten tämän kirjeen 10 kohdasta on pääteltävissä, toimenpide on näin ollen katsottava ilmoittamattomaksi tueksi.

IV. TUEN SOVELTUVUUS YHTEISMARKKINOILLE

16. Komissio on tullut tällä hetkellä käytettävissään olevien tietojen perusteella siihen tulokseen, että toimenpide sellaisena kuin sitä nyt sovelletaan muodostaa EY:n perustamissopimuksen 87 artiklan 1 kohdassa tarkoitettua toimintatuen. Toimenpiteen ansiosta Ahvenanmaalla sijaitsevaan captive-vakuutusyhtiöön sovelletaan alhaisempaa verotusta kuin muihin yrityksiin.

⁽¹⁾ EYVL C 241, 29.8.1994, s. 352.

⁽²⁾ EYVL C 384, 10.12.1998, s. 3.

17. Tämän vuoksi on tarpeen selvittää, onko kyseinen tuki EY:n perustamissopimuksen 87 artiklan 2 ja 3 kohdassa määrättyjen poikkeusten nojalla yhteismarkkinoille soveltuva.
18. Näyttää siltä, että EY:n perustamissopimuksen 87 artiklan 2 kohdan poikkeuksia ei voida soveltaa käsiteltävään asiaan, koska tukea ei ole tarkoitettu kyseisissä määräyksissä lueteltuihin kohteisiin.
19. Perustamissopimuksen 87 artiklan 3 kohdan a alakohdan mukaan tuki on yhteismarkkinoille soveltuva, jos sillä on tarkoitus edistää taloudellista kehitystä alueilla, joilla elintaso on poikkeuksellisen alhainen tai joilla vajaatyöllisyys on vakava ongelma. Koska Ahvenanmaa ei ole tällainen alue, määräystä ei voida soveltaa.
20. Perustamissopimuksen 87 artiklan 3 kohdan b ja d alakohdassa määrättyjen poikkeusten osalta on todettava, että kyseinen tuki ei ole tarkoitettu Euroopan yhteistä etua koskevan tärkeän hankkeen edistämiseen eikä Suomen taloudessa olevan vakavan häiriön poistamiseen eikä sillä ole tarkoitus tukea kulttuurin tai kulttuuriperinnön edistämistä.
21. Lisäksi on tutkittava, voidaanko tukeen soveltaa 87 artiklan 3 kohdan c alakohdassa määrättyä poikkeusta, jonka mukaan yhteismarkkinoille soveltuvana voidaan pitää tukea tietyn taloudellisen toiminnan tai talousalueen kehityksen edistämiseen, jos tuki ei muuta kaupankäynnin edellytyksiä yhteisen edun kanssa ristiriitaisella tavalla. Ahvenanmaalla toimivia captive-vakuutusyhtiöitä koskevat säännöt eivät liity investointeihin tai työpaikkojen luomiseen ja merkitsevät pysyvää helpotusta maksuihin, joista kyseisten yritysten tavallisesti olisi vastattava osana liiketoimintaansa.
22. Tässä vaiheessa tukea voidaan pitää toimintatukena, josta saatavat edut lakkaavat heti kun tuki peruutetaan. Komission vakiintuneen käytännön mukaan tällaisen tuen ei voida katsoa helpottavan tietyn taloudellisen toiminnan tai talousalueen kehitystä.
23. Koska tukeen ei ilmeisestikään voida soveltaa yhtään perustamissopimuksessa määrättyistä poikkeuksista, komissio epäilee neuvoston asetuksen (EY) N:o 659/1999 6 artiklassa säädetyn alustavan arvioinnin yhteydessä tuen soveltuvuutta yhteismarkkinoille.
24. Ottaen huomioon edellä esitetyt seikat ja toimien EY:n perustamissopimuksen 88 artiklan 2 kohdassa tarkoitettun menettelyn mukaisesti komissio kehottaa Suomea toimittamaan komissiolle kaikki tuen yhteismarkkinoille soveltuvuuden arvioimisen kannalta tarpeelliset asiakirjat ja tiedot kuukauden kuluessa tämän kirjeen vastaanottamisesta. Komissio toivoo Suomelta ja muilta asianomaisilta osapuolilta kannanottoja erityisesti mahdollisesta perustellun luottamuksen suojasta, joka voisi estää tuen takaisinperinnän, jos tuki katsotaan sääntöjenvastaiseksi ja yhteismarkkinoille soveltumattomaksi.
25. Komissio kehottaa Suomen viranomaisia toimittamaan välittömästi jäljennöksen tästä kirjeestä mahdolliselle tuensajalle.
26. Komissio muistuttaa Suomea EY:n perustamissopimuksen 88 artiklan 3 kohdan lykkäävästä vaikutuksesta ja viittaa asetuksen (EY) N:o 659/1999 14 artiklaan, jossa säädetään,

että kaikki sääntöjenvastainen tuki voidaan periä tuensajalta takaisin.

27. Komissio ilmoittaa Suomelle tiedottavansa asiasta asianomaisille julkistamalla tämän kirjeen ja julkaisemalla tiivistelmän siitä *Euroopan yhteisöjen virallisessa lehdessä*. Komissio ilmoittaa asiasta myös ETA-sopimuksen allekirjoittaneiden EFTA-maiden asianomaisille julkaisemalla tiedonannon *Euroopan yhteisöjen virallisen lehden* ETA-täydennysosassa sekä EFTA:n valvontaviranomaiselle lähettämällä jäljennöksen tästä kirjeestä. Kaikkia mainittuja asianomaisia kehotetaan esittämään huomautuksensa kuukauden kuluessa julkaisupäivästä.

„Kommissionen önskar genom denna skrivelse informera Finland om att den, efter att ha granskat de upplysningar som tillhandahållits av Era myndigheter angående åtgärden i fråga, har beslutat att inleda det förfarande som anges i artikel 88.2 i EG-fördraget.

År 1997 antog Ekofin-rådet en uppförandekod för företagsbeskattning för att bekämpa skadlig skattekonkurrens (EGT C 2, 6.1.1998). I enlighet med det åtagande som gjorts genom denna uppförandekod offentliggjorde kommissionen 1998 ett meddelande om tillämpningen av reglerna om statligt stöd på åtgärder som omfattar direkt beskattning av företag (EGT C 384, 10.12.1998), i vilket den betonar sin fasta beslutsamhet att tillämpa dessa regler strängt och med respekt för principen om likabehandling. Det pågående förfarandet genomförs inom ramen för detta.

I. FÖRFARANDE

- 1) Stöd NN 98/2000 – Statlig stödåtgärd avseende försäkringsbolag av typen captivebolag på Åland meddelades kommissionen den 15 juli 1998. Meddelandet kan dock inte ses som en anmälan i juridisk mening, eftersom den relevanta stödåtgärden genomfördes innan skrivelsen från de finska myndigheterna inkom till kommissionen och innan kommissionen hade fastställt någon ståndpunkt.
- 2) Kommissionen skickade en formell begäran om upplysningar den 7 september 1998. Finlands ständiga representation vid Europeiska unionen svarade genom en skrivelse daterad den 15 oktober 1998. En andra begäran om upplysningar skickades den 30 november 1998, och svaret var daterat den 5 februari 1999. En tredje begäran om upplysningar skickades den 24 mars 1999, och svaret var daterat den 2 juni 1999.
- 3) Den 13 juli 2000 översände kommissionen ytterligare en skrivelse till de finska myndigheterna med begäran om bekräftelse av a) att den aktuella stödåtgärden aldrig hade genomförts och b) att den aktuella stödåtgärden hade upphävts inom ramen för arbetsgruppen för behandling av uppförandekoder som skall tillämpas vid bolagsbeskattning. De finska myndigheterna svarade genom en skrivelse av den 25 augusti 2000, där de bekräftade att den aktuella stödåtgärden inte tillämpats en enda gång sedan den trädde i kraft.

II. BESKRIVNING AV ÅTGÄRDEN

Allmänt

- 4) Den aktuella stödåtgärden infördes av Åland för att tillämpas på eget territorium. Landskapet Åland har exklusiv lagstiftningsbehörighet enligt självstyrelselagen för Åland inom sitt eget territorium i fråga om skatter som tillkommer kommunerna och främjande av näringsverksamhet. Den särskilda ordning som gäller Åland enligt protokoll 2⁽¹⁾ som bifogats Anslutningsakten för Finland påverkar inte tillämpningen av EG-fördragets bestämmelser om statligt stöd.
- 5) En ändring av kommunalskattelagen för landskapet Åland trädde i kraft den 9 december 1993. Enligt ändringen kan captivebolag som uppfyller vissa villkor, som räknas upp nedan, beviljas en nedsättning av den bolagsskattesats som normalt tillämpas i landskapet.
- 6) Den aktuella åtgärden har senare ändrats 1995, 1996, 1997, 1998 och 1999.

Den första relevanta åtgärden

- 7) Enligt ändringen av den 9 december 1993 betalade captivebolag en sammanlagd bolagsskatt på 15 % i stället för den normala skattesatsen på 25 %. Därför var förmånen för dessa bolag 10 procentenheter jämfört med situationen för andra bolag. Nettoförmånen för captivebolag på Åland har varierat på ett sätt som återspeglar de behöriga myndigheternas ändringar av den normala bolagsskattesatsen: 1996 var förmånen 11 procentenheter, 1997 10 procentenheter och 1999 9,6 procentenheter.

Villkor

- 8) Captivebolagen på Åland kunde komma i åtnjutande av skatteförmånen endast om de uppfyllde följande villkor:
 - a) Bolagets samtliga aktier eller andelar ägs av en och samma utländska ägare, och
 - b) i bolaget som försäkringstagare enligt bolagsordningen kan verka endast bolagets ägare eller dess dotterbolag, samt
 - c) bolagets löpande drift handhas av ett aktiebolag som bedriver anmälnings- eller tillståndspliktig näringsverksamhet i landskapet Åland.

Ändringar av den första åtgärden med relevans för detta stödärende

- 9) Åtgärden ändrades och utvidgades den 1 oktober 1995 (vad beträffar villkoret i a i punkt 8) så att den även tillämpades på captivebolag med en och samma åländska ägare.
- 10) I samband med detta granskningsförfarande anses det att den sistnämnda ändringen, som trädde i kraft den 1 oktober

1995, ser ut att omfattas av anmälningskyldigheten, eftersom systemet (som vid en preliminär bedömning utgör statligt stöd) därmed utsträcktes till stödmottagare som inte varit stödberättigade tidigare.

III. BEDÖMNING AV ÅTGÄRDEN

- 11) För att en åtgärd skall anses som ett stöd enligt artikel 87.1 i EG-fördraget, måste den uppfylla följande kriterier.
- 12) För det första måste stödet ge stödmottagarna en förmån som minskar de kostnader de normalt bär när de utövar sin verksamhet. Enligt punkt 9 i kommissionens meddelande om tillämpningen av reglerna om statligt stöd på åtgärder som omfattar direkt beskattning av företag⁽²⁾ kan fördelen ges genom olika former av skattelättnader, bland annat nedsättning av skattebeloppet. Befrielse från en del av bolagsskatten verkar uppfylla detta kriterium, såväl för captivebolagen själva som för den grupp av företag de tillhör.
- 13) För det andra måste fördelen beviljas av staten eller via statliga medel. Beviljandet av en skattenedsättning innebär förlorade skatteintäkter, vilket enligt punkt 10 i kommissionens meddelande om tillämpningen av reglerna om statligt stöd på åtgärder som omfattar direkt beskattning av företag är likvärdigt med förbrukning av statliga medel i form av skatteutgifter.
- 14) För det tredje måste åtgärden påverka konkurrensen och handeln mellan medlemsstaterna. Den aktuella åtgärden verkar uppfylla detta kriterium i det avseendet att den främjar etableringen av captivebolag på Åland, vilket gynnar ägarna, som faktiskt eller potentiellt kan bedriva handel med företag som är belägna i andra medlemsstater.
- 15) Slutligen måste åtgärden vara specifik eller selektiv i det avseendet att den gynnar "vissa företag eller viss produktion". De enda som har nytta av den aktuella åtgärden är captivebolagen, som är en del av försäkringssektorn. Eftersom åtgärden dessutom tillämpas endast på Åland, utesluter identifieringen av de ovannämnda faktorerna avseende materiell specificitet inte förekomsten av faktorer som skulle göra den planerade skatteordningen specifik även i något annat avseende, t.ex. specifikt regional. På grundval av dessa faktorer kan man anta att åtgärden är selektiv. Därför, och såsom konstaterats i punkt 10 i denna skrivelse, blir slutsatsen att åtgärden måste betraktas som oanmält stöd.

IV. STÖDETS FÖRENLIGHET MED DEN GEMENSAMMA MARKNADEN

- 16) Kommissionen har, på grundval av den information den har tillgång till för närvarande, kommit till slutsatsen att åtgärden i sin nuvarande utformning är ett driftsstöd i den mening som avses i artikel 87.1 i EG-fördraget. Åtgärden gör det möjligt för ett captivebolag med huvudkontor på Åland att komma i åtnjutande av en lindrigare beskattning än andra bolag.

⁽¹⁾ EGT C 241, 29.8.1994, s. 352.

⁽²⁾ EGT C 384, 10.12.1998, s. 3.

- 17) Det är därför nödvändigt att avgöra om ett sådant stöd är förenligt med den gemensamma marknaden med stöd av undantagen i artikel 87.2 och 87.3 i EG-fördraget.
- 18) Det verkar som om undantagen i artikel 87.2 i EG-fördraget inte kan tillämpas i detta fall, eftersom stödet inte är avsett för något av de ändamål som räknas upp i de ifrågavarande bestämmelserna.
- 19) Enligt artikel 87.3 a anses ett stöd förenligt med den gemensamma marknaden när det är avsett att främja den ekonomiska utvecklingen i regioner där levnadsstandarden är onormalt låg eller där det råder allvarlig brist på sysselsättning. Eftersom Åland inte är ett sådant område, kan bestämmelsen inte tillämpas.
- 20) Vad beträffar de undantag som anges i artikel 87.3 b och 87.3 d, är det aktuella stödet inte avsett att främja genomförandet av viktiga projekt av gemensamt intresse eller avhjälpa en allvarlig störning i Finlands ekonomi, och det är inte heller avsett att främja kultur eller bevara kulturarvet.
- 21) Slutligen är det nödvändigt att undersöka om stödet i fråga kan omfattas av det undantag i artikel 87.3 c där det fastställs att som förenligt med den gemensamma marknaden kan anses stöd som underlättar utveckling av vissa näringsverksamheter eller vissa regioner, när det inte påverkar handeln i negativ riktning i en omfattning som strider mot det gemensamma intresset. De regler som gäller captivebolag på Åland är inte relaterade till en investering eller skapande av sysselsättning, och utgör en bestående befrielse från avgifter som dessa bolag normalt måste betala när de utövar sin affärsverksamhet.
- 22) Stödet kan i detta skede anses utgöra ett driftsstöd, som slutar medföra fördelar så snart det upphävs. Enligt kommissionens fasta praxis kan sådant stöd inte anses underlätta utvecklingen av vissa näringsverksamheter eller vissa regioner.
- 23) Eftersom stödet inte förefaller uppfylla kriterierna för något av de undantag som anges i fördraget betvivlar kommissionen, inom ramen för sin preliminära bedömning enligt artikel 6 i rådets förordning (EG) nr 659/1999, stödets förenlighet med den gemensamma marknaden.
- 24) Med hänsyn till ovanstående överväganden ger kommissionen inom ramen för förfarandet i artikel 88.2 i EG-fördraget Finland tillfälle att inom en månad från mottagandet av denna skrivelse yttra sig och tillhandahålla alla upplysningar som är nödvändiga för bedömningen av stödet. Kommissionen skulle särskilt vilja samla Finlands och berörda parter synpunkter på eventuella berättigade förväntningar som är av det slaget att de skulle kunna utgöra ett hinder för återkrav av stöd, om stödet i fråga skulle definieras som olagligt och oförenligt med den gemensamma marknaden.
- 25) Kommissionen uppmanar Era myndigheter att omedelbart översända en kopia av denna skrivelse till den potentiella mottagaren av stödet.
- 26) Kommissioner påminner Finland om att artikel 88.3 i EG-fördraget har uppskjutande verkan och hänvisar till artikel 14 i förordning (EG) nr 659/1999, som föreskriver att allt olagligt stöd kan återkrävas från mottagaren.
- 27) Genom denna skrivelse meddelar kommissionen Finland att den kommer att underrätta berörda parter genom att offentliggöra skrivelsen och en sammanfattning av den i *Europeiska gemenskapernas officiella tidning*. Den kommer även att underrätta berörda parter i de Efta-länder som är avtalslutande parter i EES-avtalet genom att offentliggöra ett tillkännagivande i EES-supplementet till EGT, samt Eftas övervakningsmyndighet genom att skicka en kopia av denna skrivelse. Samtliga ovannämnda berörda parter kommer att uppmanas att inkomma med synpunkter inom en månad från dagen för respektive offentliggörande.“

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses**(Sache COMP/M.2602 — Gerling/NCM)**

(2001/C 309/05)

(Text von Bedeutung für den EWR)

1. Am 25. Oktober 2001 ist die Anmeldung eines Zusammenschlussvorhabens gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1310/97 ⁽²⁾, bei der Kommission eingegangen. Danach ist Folgendes beabsichtigt: Das deutsche Unternehmen Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG („Gerling“) erwirbt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b) der genannten Verordnung die Kontrolle über die Gesamtheit von dem niederländischen Unternehmen NCM Holding NV („NCM“) durch den Kauf von Vermögenswerten.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— Gerling: Lebensversicherung, Kreditversicherung und andere Sachversicherungen;

— NCM: Kreditversicherung und andere Dienstleistungen im Bereich der Verwaltung von Außenständen.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass der angemeldete Zusammenschluss unter die Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 fällt. Ihre endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich allerdings vor.

4. Alle interessierten Unternehmen oder Personen können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens zehn Tage nach dem Datum dieser Veröffentlichung eingehen. Sie können der Kommission durch Telefax (Nr. (32-2) 296 43 01 oder 296 72 44) oder auf dem Postweg, unter Angabe des Aktenzeichens COMP/M.2602 — Gerling/NCM, an folgende Anschrift übermittelt werden:

Europäische Kommission,
Generaldirektion Wettbewerb,
Direktion B — Task Force Fusionskontrolle,
Rue Joseph II/Jozef II-straat 70,
B-1000 Brüssel.

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 1; Berichtigung: ABl. L 257 vom 21.9.1990, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 180 vom 9.7.1997, S. 1; Berichtigung: ABl. L 40 vom 13.2.1998, S. 17.

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss**(Sache COMP/M.2562 — Bertelsmann/France Loisirs)**

(2001/C 309/06)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Am 17. Oktober 2001 hat die Kommission entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn insofern als für mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar zu erklären. Diese Entscheidung stützt sich auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 4064/89 des Rates. Der vollständige Text der Entscheidung ist nur auf Englisch erhältlich und wird nach Herausnahme eventuell darin enthaltener Geschäftsgeheimnisse veröffentlicht. Er ist erhältlich

- auf Papier bei den Verkaufsstellen des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (siehe letzte Umschlagseite);
- in Elektronikformat über die „CEN“-Version der CELEX-Datenbank unter der Dokumentennummer 301M2562. CELEX ist das EDV-gestützte Dokumentationssystem für Gemeinschaftsrecht.

Für mehr Informationen über CELEX-Abonnements wenden Sie sich bitte an folgende Stelle:

EUR-OP

Information, Marketing and Public Relations

2, rue Mercier

L-2985 Luxemburg

Tel.: (+352) 29 29-4 27 18, Fax: (+352) 29 29-4 27 09.

III

(Bekanntmachungen)

KOMMISSION

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Projekte von gemeinsamem Interesse im Bereich der transeuropäischen Telekommunikationsnetze — Basisdienste und -anwendungen**Aufforderung TEN-Telekom 2001/2**

(2001/C 309/07)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Gemäß Titel XV des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft leistet diese einen Beitrag zur Schaffung und zum Ausbau transeuropäischer Netze, u. a. im Bereich der Telekommunikation.

Am 17. Juni 1997 erließen das Europäische Parlament und der Rat eine Entscheidung über Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze (ABl. L 183 vom 11.7.1997, S. 12), in deren Anhang Projekte von gemeinsamem Interesse aufgeführt sind.

Aufgrund des Anhangs I verabschiedete die Europäische Kommission am 15. März 2000 ein aktualisiertes Arbeitsprogramm, das den Inhalt dieser Projekte festlegt.

Die Europäische Kommission fordert zur Einreichung von Vorschlägen auf, um Projekte von gemeinsamem Interesse im Bereich der Basisdienste und -anwendungen durchzuführen, die von transeuropäischen Telekommunikationsnetzen unterstützt werden. Die Nutzung mobiler Breitbandnetze ist von besonderem Interesse, da sie den Ausbau bestehender und die Entwicklung gänzlich neuer Dienste und Anwendungen ermöglicht.

Einzelne Unternehmen/Einrichtungen oder Konsortien⁽¹⁾, die die Bedingungen dieser Aufforderung erfüllen, werden aufgefordert, ihre Projektvorschläge wie nachstehend erläutert einzureichen.

Im Rahmen der Projektvorschläge sollten sich die Unternehmen/Einrichtungen oder Konsortien verpflichten, die Anwendungen oder Dienste letztlich der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Vorschläge können für die Vorbereitungsphase des Projekts (Erstellung des Geschäftsplans und kommerzielle Validierung oder vergleichbare Tätigkeiten bei öffentlich finanzierten Diensten) oder für die erste Phase der Markteinführung nach dem Leitfaden für Antragsteller eingereicht werden.

⁽¹⁾ Bei Konsortien ist ein Unternehmen bzw. eine Einrichtung als Hauptvertragspartner und Verantwortlicher zu benennen.

Die Vorschläge müssen eines oder mehrere der nachstehenden Projekte behandeln:

TI 1. Transeuropäische Basistelekommunikationsdienste

TI 2.1 Transeuropäische Telekommunikationsnetze für allgemeine und berufliche Bildung

TI 2.2 Transeuropäische Telekommunikationsnetze für den Zugang zum kulturellen Erbe Europas

TI 2.3 Transeuropäische Telekommunikationsanwendungen und -dienste für KMU

TI 2.4 Transeuropäische Telekommunikationsnetze für Verkehr und Mobilität

TI 2.5 Transeuropäische Telekommunikationsnetze für Umwelt und Notfallmanagement

TI 2.6 Transeuropäische Telekommunikationsnetze für das Gesundheitswesen

TI 2.7 Transeuropäische Informationsnetze für Städte und Regionen (eine Kombination obiger Projekte)

TI 2.8 Transeuropäische Telekommunikationsnetze für neue Arbeitsmethoden und Dienste für den Arbeitsmarkt.

Bei jeglichem Schriftverkehr ist jeweils das gewählte Projekt anzugeben.

Die ausgewählten Projekte erhalten eine finanzielle Unterstützung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1655/1999 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 1999 (ABl. L 197 vom 29.7.1999, S. 1) zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2236/95 vom 18. September 1995 (ABl. L 228 vom 23.9.1995, S. 1) über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze. Die Auswahlkriterien sind in Artikel 6 dieser Verordnung enthalten und werden im Leitfaden für Antragsteller näher erläutert.

Informationen über die mögliche Höhe des Gemeinschaftszuschusses sind dem Leitfaden für Antragsteller zu entnehmen.

Das vorgeschlagene vorläufige Gemeinschaftsbudget für diese Aufforderung beträgt 20 Mio. EUR aus dem Haushalt 2002.

Vorschläge sind per Einschreiben bis spätestens 31. Januar 2002 bei den Dienststellen der Kommissionen unter folgender Anschrift einzureichen:

Europäische Kommission
Generaldirektion Informationsgesellschaft
Direktion F
TEN-Telecom 2001/2
Rue de la Loi/Wetstraat 200
(BU31 2/74)
B-1049 Brüssel

oder können bis zum 31. Januar 2002, 16.00 Uhr Ortszeit persönlich oder per Kurierdienst bei folgender Dienststelle übergeben werden:

Europäische Kommission
Generaldirektion Informationsgesellschaft
Direktion F
TEN-Telecom 2001/2
Avenue de Beaulieu/Beaulieuilaan 31
(Büro 2/74)
B-1160 Brüssel
E-Mail: tentelecom@cec.eu.int
Fax (32-2) 295 10 71.

Die Dienststellen der Kommission stellen auf Anforderung den Leitfaden für Antragsteller zur Verfügung, der eine nähere Beschreibung der Projekte und weitere Informationen zu den Verfahren und Vorschriften für die Einreichung von Vorschlägen enthält. Der Text dieser Aufforderung und der Leitfaden für Antragsteller stehen auch im Internet auf der TEN-Telekom-Website zur Verfügung:

<http://www.europa.eu.int/tentelecom>.

Am 12. November 2001 findet in Brüssel ein Informationstag statt.
